

Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde

Immerfall, Stefan

Veröffentlichungsversion / Published Version

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Immerfall, S. (1989). Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde. In H. Best (Hrsg.), *Politik und Milieu : Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich* (S. 34-59). Sankt Katharinen: Scripta Mercaturae Verl. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-338050>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Wahlverhalten und Parteiensystem im Kaiserreich: einige quantitative Befunde

Stefan Immerfall

Die sozialwissenschaftliche wie die politische Bedeutung von Wahlen erschöpft sich bekanntlich nicht in dem Akt der Stimmabgabe. Wahlen können Macht und Legitimation zuweisen oder ratifizieren. Sie spiegeln Stimmungen, Wünsche, Interessen und gesellschaftliche Konflikte wider. Da sie diese Konflikte sichtbar machen, können sie die politische Konfliktarena, deren Ausdruck sie doch sind, dynamisieren. Welche Faktoren und Effekte jeweils entscheidend sind, muß allerdings für jedes politische System und jede historische Epoche gesondert bestimmt werden.

Eine zusammenfassende Wahlengeschichte vom Gewicht angelsächsischer oder skandinavischer Arbeiten ist für das deutsche Kaiserreich noch nicht versucht worden ¹⁾. Hierfür mangelt es an zu vielen Vorarbeiten, wie Peter Steinbach in seinem Beitrag ausgeführt hat. Eine solche Darstellung könnte sich von verschiedenen Fragestellungen leiten lassen: als politische Geschichte würde sie vornehmlich Entwicklung, Programmatik und Einfluß der Parteien auf die Regierungspolitik untersuchen, insbesondere also der Frage nach der Parlamentarisierung des Reiches nachgehen; die alltagsgeschichtliche Betrachtungsweise würde die Entstehung moderner politischer Bewußtseinsformen in der breiten Bevölkerung nachzeichnen und versuchen herauszuarbeiten, wie die neuen politischen Artikulations- und Mitwirkungsmöglichkeiten verarbeitet wurden; die vergleichende, sozial- und geschichtswissenschaftliche Zugangsweise schließlich würde sich auf langfristige Veränderungen im Partizipationsverhalten und in dessen Rahmenbedingungen konzentrieren. Anzustreben wäre natürlich eine kombinierte Vorgehensweise.

Von Forschungsstand und Datenmaterial unseres Projektes ausgehend ²⁾, muß sich mein Beitrag auf die letztere Forschungsperspektive beschränken: im ersten Abschnitt gebe ich einen deskriptiven Abriß der Entwicklung der Stimmanteile der einzelnen Parteien und Parteigruppierungen; im zweiten Abschnitt geht es um globale Wandlungen im Parteiensystem und in der Parteienstruktur, also um die relative Stärke der Parteien und ihre sozialökologische Basis; die Ergebnisse werde ich drittens thesenartig zusammenfassen.

1) Die beste, knappste und präziseste Zusammenfassung vorliegender Teilergebnisse bietet Gerhard A. Ritter, *Die deutschen Parteien 1830 - 1914* (Göttingen, 1985).

2) Es handelt sich um ein Forschungsprojekt zu "Wahlen und Wahlkämpfen im 19. und 20. Jahrhundert", das an der Universität Passau unter der Leitung von Peter Steinbach durchgeführt und aus Mitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird.

I

Abb. 1 stellt die Entwicklung der wichtigen Parteien dar. Zwei Trends fallen besonders auf: der säkulare Anstieg der Sozialdemokratie, gebremst nur durch das Sozialistengesetz und die "Hottentottenwahlen" von 1907, und die offenbar langsame, aber stetige Erosion der Nationalliberalen, unterbrochen nur durch die Kartellwahlen von 1887. Das Zentrum und der Anteil der ethnischen Minderheiten, bleiben dagegen stabiler, während die übrigen Parteien größeren Schwankungen unterworfen sind, sei es mit abnehmender (Konservative und Reichskonservative) oder weitgehend unregelmäßiger Tendenz (Fortschrittspartei, Freisinn, antisemitische und agrarische Parteien).

Das Bild wird klarer wenn wir nach Parteigruppierungen zusammenfassen. Werden zu den Nationalliberalen noch die konservativ-liberalen Einzelkandidaten hinzugerechnet zeigt sich ihr Niedergang noch deutlicher (Abb. 2). Betrachtet man die Fähigkeit der liberalen Parteien, Wahlkreise zu "dominieren" (= mehr als 45 % der Stimmen auf sich zu vereinen) oder zumindest zu majorisieren ("Führung") ist diese Entwicklung, speziell bei den Fortschrittlichen, geradezu dramatisch (Abb. 3 u. 4). Beide Parteien verlieren zunehmend die Fähigkeit, aus eigener Kraft Wahlkreise zu gewinnen, wobei der Scheitelpunkt bei den Nationalliberalen in den neunziger Jahren (Ende des Kartells, Unklarheit in der Zollpolitik und Kontroversen um den Militärhaushalt), beim Fortschritt schon 1878 ("Attentatswahlen") liegt. Die Konservativen können sich dagegen, dank der mobilisierenden Kraft des Bundes der Landwirte einigermaßen behaupten (Abb. 4 u. 5).

Vom Wahlverhalten her verschob sich also das Parteienspektrum insgesamt, wenn man so will, nach "links" und zwar dadurch, daß die "Mitte" zusammenschmolz, während die Sozialdemokratie expandierte. Freilich wurde dies in der tatsächlichen Zusammensetzung des Reichstages nur gebrochen abgebildet. Die Gründe - passive Wahlkreisgeometrie und Stichwahlabkommen, die sich vornehmlich gegen die SPD richteten - sind bekannt und brauchen hier nicht wiederholt werden. Profitiert haben davon die regional starken Parteien, besonders die Konservativen, in zunehmenden Maße aber auch das Zentrum (Abb. 7 u. Abb. 8).

Weniger häufig wird gesehen, daß diese Wahlrechtsgestaltung Politisierungsprozesse ab einer gewissen Schwelle ungewollt fördert. Sobald nämlich in einem Wahlkreis Konkurrenz auftritt, ist auch eine bislang eindeutig dominierende politische Kraft gezwungen, ihre Anhänger möglichst zahlreich zum Urnengang zu motivieren. Ansonsten liefe sie Gefahr, von einer zahlenmäßig kleinen, aber disziplinierten Gruppe ausgestochen zu werden. Ein Beispiel dafür ist die politische Entwicklung der (polnischen) Minderheiten, deren Erfolg auf der zunehmenden Politisierung bislang inaktiver Bevölkerungsschichten und Regionen beruhte. Leidtragende waren Parteien mit übergreifendem Anspruch, wie ihn zum

*Gruppierungen bei den Reichstagswahlen
1871 - 1912*

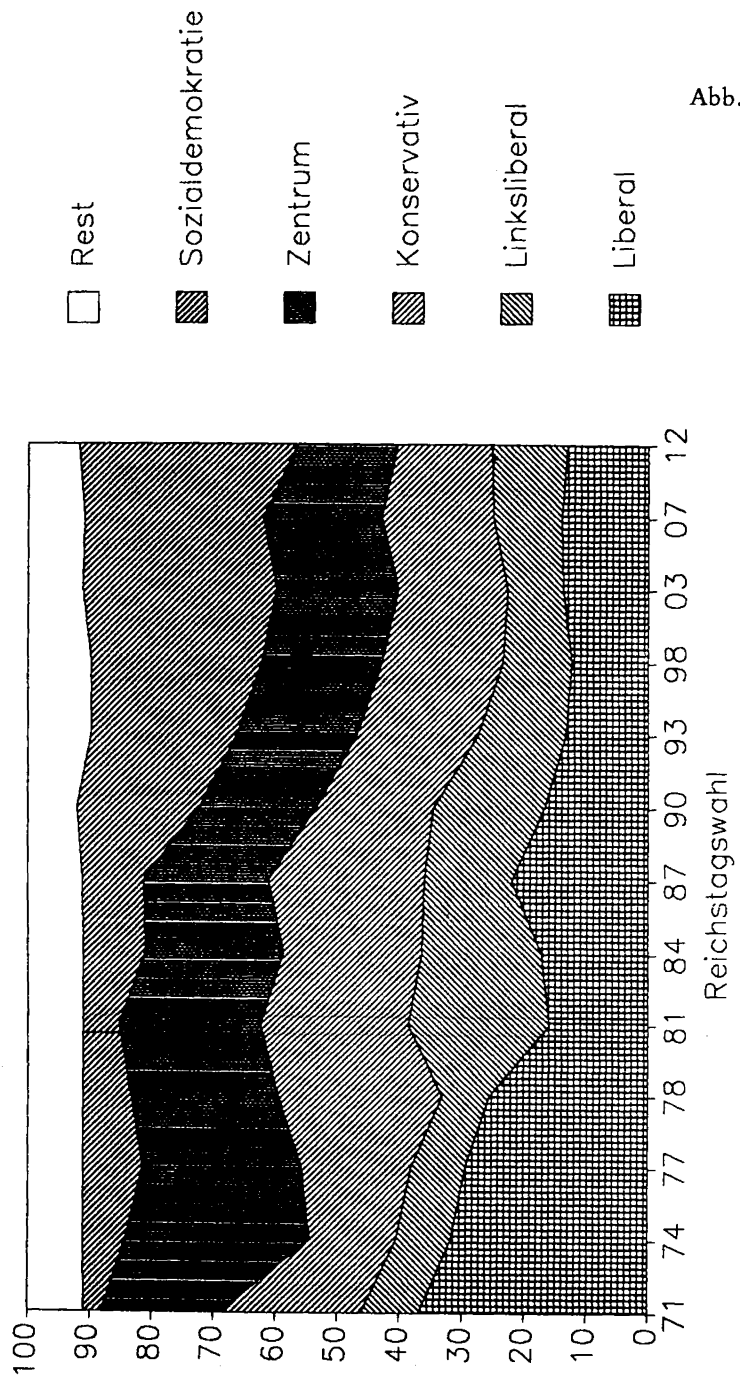
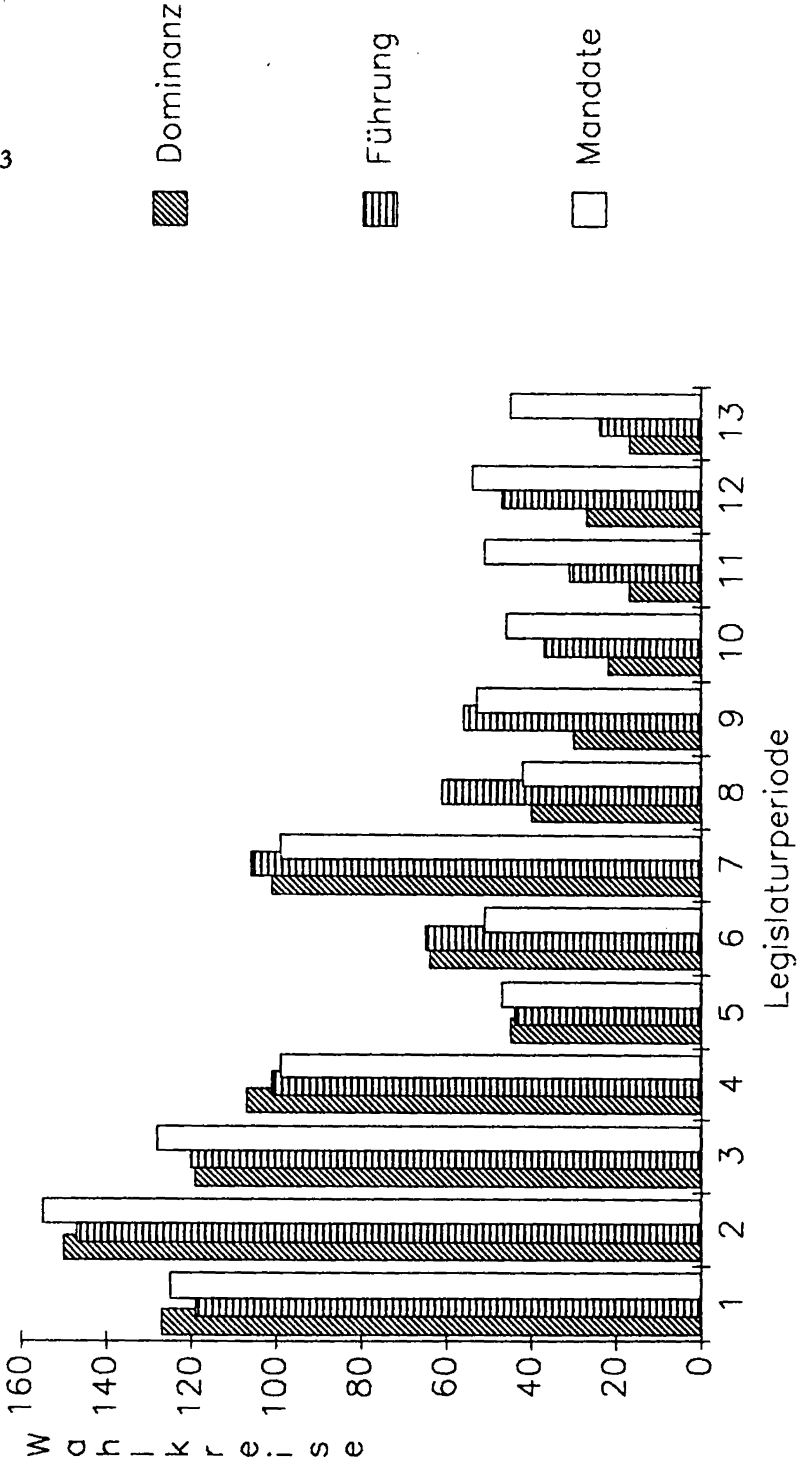


Abb. 2

*Nationalliberale: Mandate und
Wahlkreisdominanz*

Abb. 3



Fortschritt: Mandate und Wahlkreisdominanz

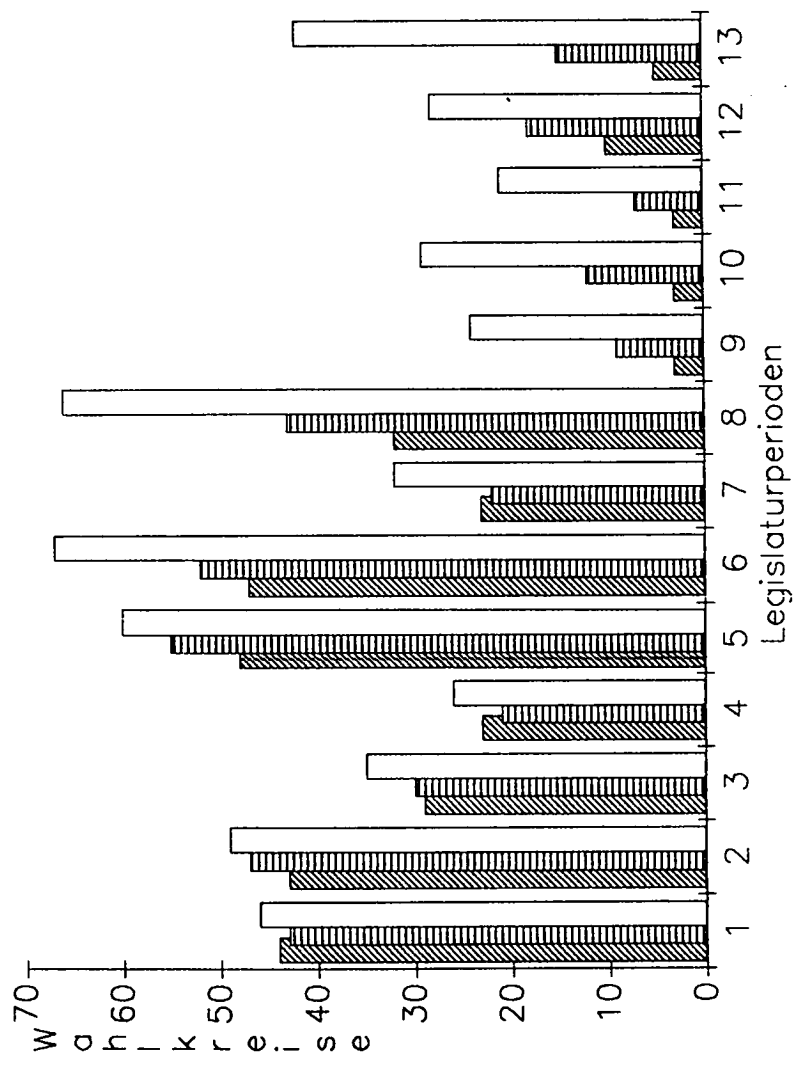
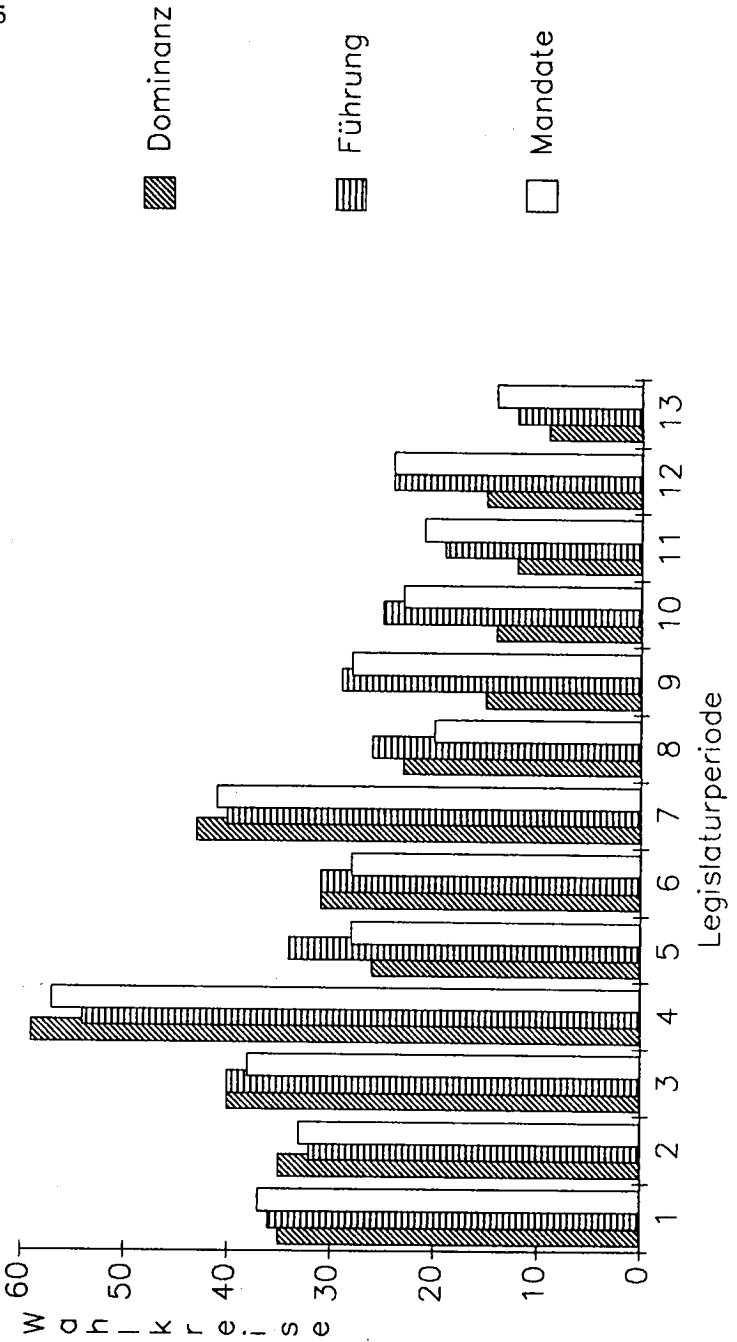


Abb. 4

*Reichskonservative: Mandate und
Wahlkreisdominanz*

Abb. 5



*Konservative: Mandate und
Wahlkreisdominanz*

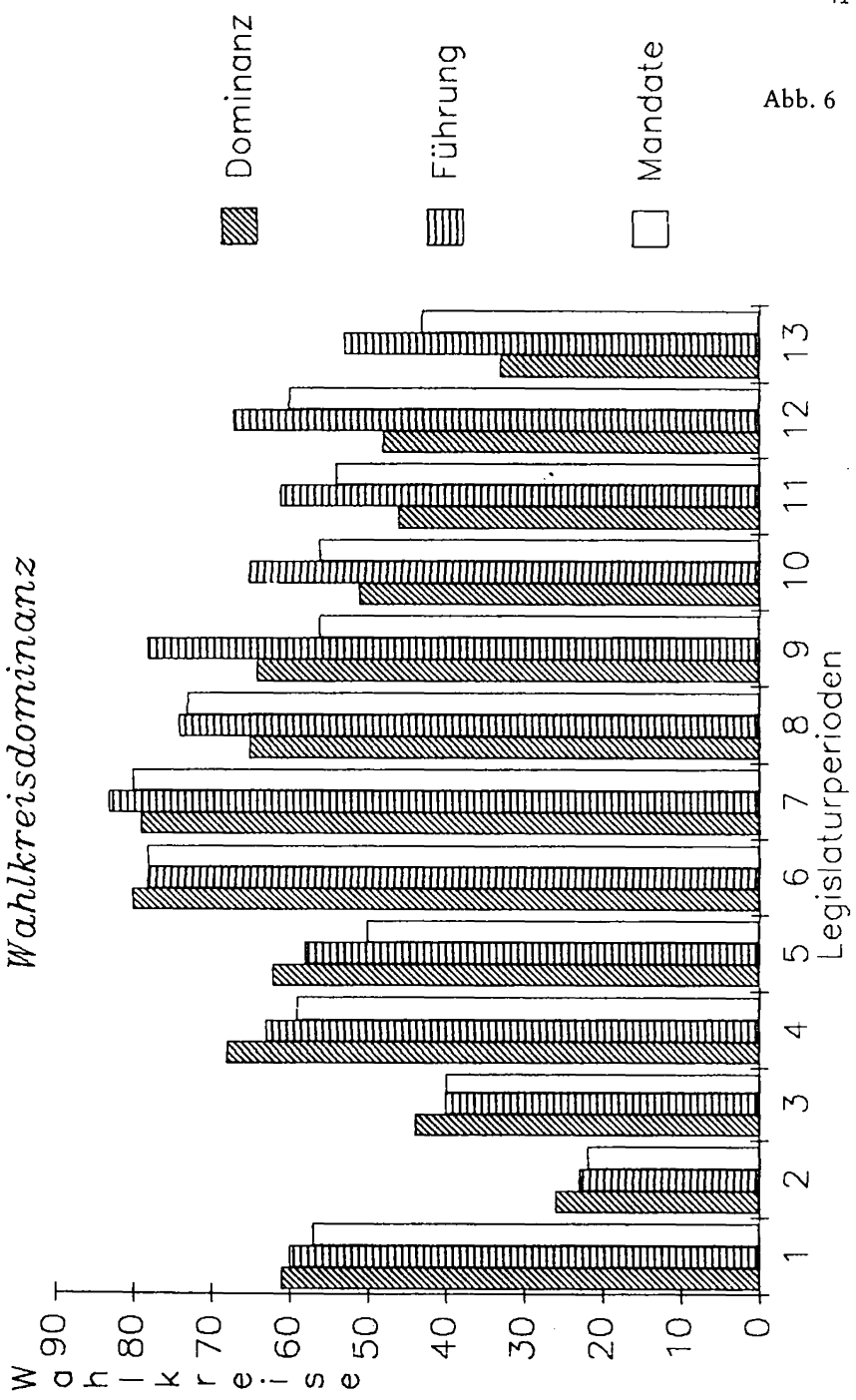
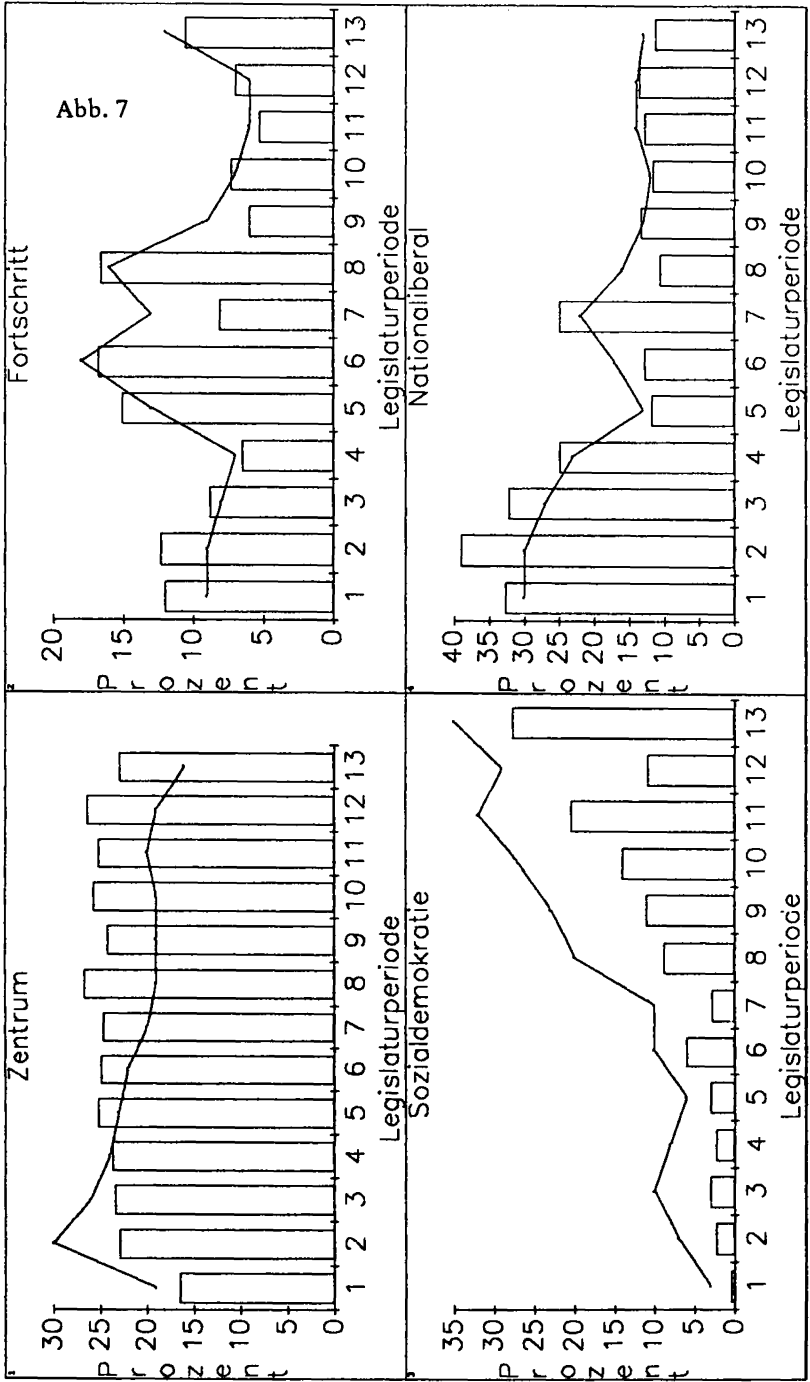
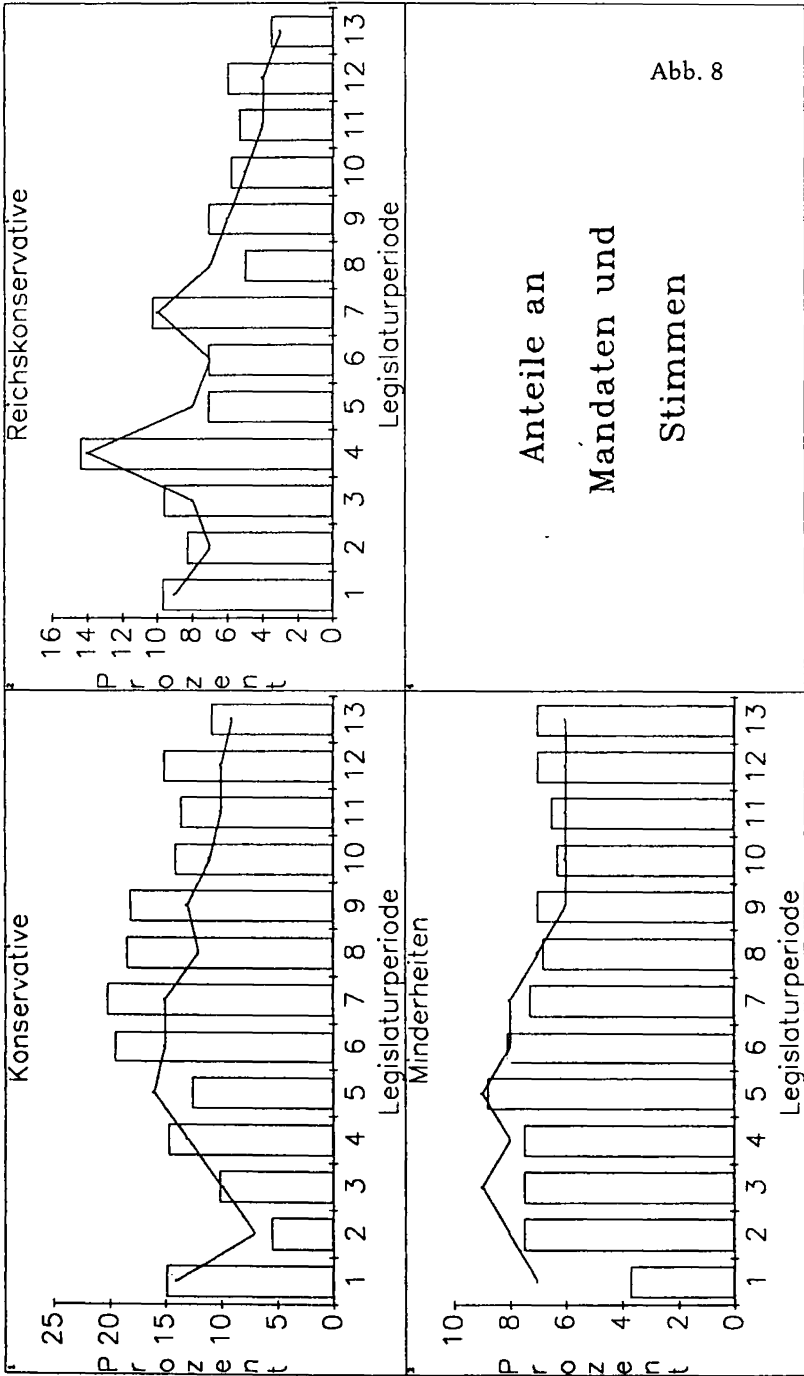


Abb. 6





Teil immer noch die liberalen Parteien und vor allem die Sozialdemokratie vertraten.

Man kann darüber mutmaßen, ob die politische Mobilisierung nach der Jahrhundertwende auf einen Scheitelpunkt zustrebte, ab dem die beabsichtigte Wirkung der "Mehrheitsregel" (S. Rokkan), die agrarisch konservativen Repräsentanten zu schützen, in ihr Gegenteil hätte umschlagen können. Eine absolute SPD-Mehrheit an Sitzen - auch ohne Stimmenmehrheit - hätte die Alternative: Staatsstreich vs parlamentarische Regierung endgültig auf die Tagesordnung gesetzt.

Eine derartige Projektion stützt sich jedoch nur auf die Wahl von 1912. Berücksichtigt man, daß auch andere Parteien in der Lage gewesen wären, in Wahlkreisen, in denen sie bislang nicht kandidierten, Stimmen auf sich zu ziehen, scheint sie eher unbegründet. Mehrheitsfähig war die SPD nicht. Das Verhältnis von Wahlkreisen, in denen die SPD dominierte oder die führende Partei war, und den erzielten Mandaten, blieb im wesentlichen unverändert (Abb. 9). Die antisozialistischen Parteien stellten zuletzt 1907 ihre Fähigkeit unter Beweis, das Vordringen der Sozialdemokratie aufzuhalten. Die SPD büßte aufgrund der hohen Wahlbeteiligung (84,7 zu 76,1) gegenüber der vorhergehenden Wahl (1903) nicht so sehr an absoluten Stimmen ein (29 zu 31,7 Mio.), verlor aber nicht nur Mandate (43 zu 81) und Stimmenprozente (29 % zu 31,7 %), sondern auch "Dominanz-" (57 zu 84) und "Führungs-" Wahlkreise (73 zu 122).

II

Betrachten wir nun den globalen Wandel des Parteiensystems. Unsere Untersuchungsfrage lautet: inwiefern hat sich das Parteiensystem modernisiert? Dazu muß man klären, was man unter "Wandel" und "Modernisierung" versteht und wie sich diese Konzepte operationalisieren lassen³⁾.

Zunächst zum Wandel. Hier läßt sich im Hinblick auf die Dimensionen (a) Volatilität und (b) Fragmentierung eine erstaunliche Stabilität feststellen.

(a) Volatilität wurde gemessen als die halbe Summe des Prozentpunktwechsels zwischen zwei Wahlen. Dieser Index wurde von Pedersen als Maßzahl für den aus dem individuellen Stimmentransfer resultierenden Nettowechsel konzipiert⁴⁾. Er kann als Kumulation der Gewinne oder Verluste aller gewinnenden oder verlierenden Parteien interpretiert werden und variiert somit zwischen 0 und 100 Prozent:

3) Vgl. hierzu Peter Steinbach, "Modernisierungstheorie und politische Beteiligung - Zur Analyse politischer Partizipation im langfristigen Wandel", in: Jürgen Bergmann u.a. (Hrsg.), Arbeit, Mobilität, Partizipation, Protest (Opladen, 1986); vgl. auch Stefan Immerfall, "Theorien und Theoretiker der Moderne. Zur Diskussion um den Gehalt des neuzeitlichen Modernisierungsprozesses", in: Sozialwissenschaftliche Information 16 (1987), S. 57 - 64.

$$V_t = \frac{1}{2} \sum_{i=1}^n |p_{i,t} - p_{i,t-1}|$$

mit p_i als dem Stimmanteil der Partei i zur Zeit t und n als der Anzahl der Parteien zur Zeit t und $t-1$.

Abb. 10 zeigt einen beständig niedrigen, Stabilität signalisierenden Verlauf 5). Aussagekräftig ist dieser Index vor allem im internationalen Vergleich. Er zeigt, daß Deutschland in der Tat einen hohen Stabilitätsrang innehat 6).

(b) Fragmentierung wurde einmal mit Rae's Index der Fraktionalisierung gemessen als $1 -$ der Summe der Wurzeln des Stimmenanteils der Parteien 7).

$$F_t = 1 - \left[\sum_{i=1}^n \sqrt{p_{i,t}} \right]$$

Dieser Wert bewegt sich zwischen 0 (vollständige Dominanz einer Partei) und dem Grenzwert 1 (vollständige Fraktionierung).

Zweitens haben wir in Anlehnung an verschiedentlich benützte Aggregationsindices vom Typ 8):

$$A_t = \sum_{i=1}^d p_{i,t}$$

(mit d als der Anzahl der dominanten Parteien), einfach den Anteil der beiden jeweilig stärksten Parteien aufaddiert 9). Auch hier zeigt sich prima facie eine hohe Kontinuität, die jedoch einen entscheidenden Wandel verbirgt: Die Nationalliberalen sinken zur zweitstärksten Partei hinter dem Zentrum ab und werden 1890 auch von der SPD überholt.

(c) Die Modernität des Parteiensystems wollen wir mit dem Rokkanschen Ablaufschema von Inkorporation, Mobilisierung, Aktivierung und Polarisierung untersuchen 10). Mit Hilfe quantitativer Indikatoren auf der Aggregatebene können

4) Mogens P e d e r s e n, "The Dynamics of European Party Systems: Changing Patterns of Electoral Volatility", in: European Journal of Political Research 7 (1979), S. 1 - 26.

5) In die Berechnung gehen hier sämtliche Parteien und zu Gruppierungen zusammengefasste Einzelkandidaten ein, aber auch der Ausschluß von Parteien unterhalb gewisser Schwellenwerte (etwa 1 oder 2 Prozent) ändert am Verlauf nichts.

6) M. S h a m i r, "Are Western Party Systems Frozen? A Comparative Dynamic Analysis", in: Comparative Political Studies 17 (1984), S. 35 - 79.

7) D. M a c R a e, The Political Consequences of Electoral Laws (New Haven, 1971), S. 56.

8) L. M. M a y e r, "A Note on the Aggregation of Party Systems", in: P. H. M e r k l (Hrsg.), Western European Party Systems, (New York, 1980), S. 515.

9) D. M a c R a e, Political Consequences, S. 51.

10) Aussagen über "Polarisierung" im engeren Sinn bedürften allerdings detaillierter Wahlkampfstudien. Vgl. Peter S t e i n b a c h, "Deutungsmuster der historischen Moderni-

wir hier zumindest im Hinblick auf die Wählerbewegungen und das Elitieverhalten zu vorläufigen Aussagen kommen. Als Polarisierungs- bzw. Politisierungsindikatoren haben wir herangezogen:

- P1 = durchschnittliche Anzahl der Bewerber per Wahlkreis;

- P2 = durchschnittliche Anzahl derjenigen Bewerber, die in einem Wahlkreis, bei einem eigenen Stimmanteil von mindestens 20 Prozent, mindestens 75 Prozent des Stimmanteils des nächst besseren Kandidaten erreicht haben. (Dieser Quotient kann also maximal den Wert 5 erreichen, d.h. fünf Kandidaten "berücksichtigen" und entspricht damit der Fünfpoligkeit ¹¹⁾ des Parteiensystems im Deutschen Kaiserreich);

- P3 = durchschnittliche Anzahl der Stichwahlen per Wahlkreis.

Wie Abb. 11 zeigt ¹²⁾, ist der Trend ziemlich eindeutig (mit Einbruch Kartellwahlen 1887). Er wird von der zunehmenden Wahlbeteiligung unterstrichen, die beinahe kontinuierlich von 50 auf über 80 Prozent steigt.

Somit haben wir es mit einem einigermaßen widersprüchlichen Befund zu tun: Auf der einen Seite eine erstaunliche Stabilität, auf der anderen ein eindeutiger Modernisierungstrend. Nach außen hin ändert sich das Parteiensystem recht wenig, doch sein innerer Aufbau unterliegt offenbar fundamentalen Wandlungsprozessen.

Um diese Befunde zu vereinbaren, müssen wir nach anderen, wahlsoziologisch bedeutsamen Faktoren des Parteiensystems fragen, die Stabilität trotz wachsender Mobilisierung und Kompetitivität gewährleisten können. Zwei solche Faktoren sind möglicherweise: die regionale (d) und die soziostrukturelle Verankerung des Parteiensystems (e).

(d) Für die (Ent-) Regionalisierung des Parteiensystems haben wir drei Indikatoren berechnet (Abb. 12):

- R1 ist eine inverse Maßzahl ¹³⁾ (U-Statistik) für die Unterschiedlichkeit der durch die Legislaturperioden bestimmten Gruppen von Wahlergebnissen. Insofern kann sie als Ausdruck für die "Ähnlichkeit" zweier aufeinanderfolgender Wahlen auf der Gesamtebene interpretiert werden. Der zugrundeliegende Gedankengang ist der, daß bei allgemeiner Abnahme des regionalen "Einflusses"

sierungstheorie für die Analyse westeuropäischer Wahlen", in: O. Büsch und P. Steinhilber (Hrsg.), Vergleichende europäische Wahlgeschichte (Berlin, 1983), S. 216 - 222. Im Rahmen des Projektes haben wir erst damit begonnen, regionale Wahlkampfverläufe vergleichend auszuwerten.

11) Gemeint sind Sozialdemokratie, politischer Katholizismus, National- und Linkliberalismus und Konservative.

12) Die Skala wurde aus Darstellungsgründen logarithmisiert.

13) "Invers" bedeutet, daß höhere Werte eine geringere Trennschärfe der Diskriminanzfunktion signalisieren. Die U-Statistik - auch als Wilks' Lambda bekannt - ist gleich dem Determinationskoeffizienten einer kanonischen Korrelation zwischen den Parteiergebnissen der einzelnen Legislaturperioden.

Sozialdemokratie: Mandate und Wahlkreisdominanz

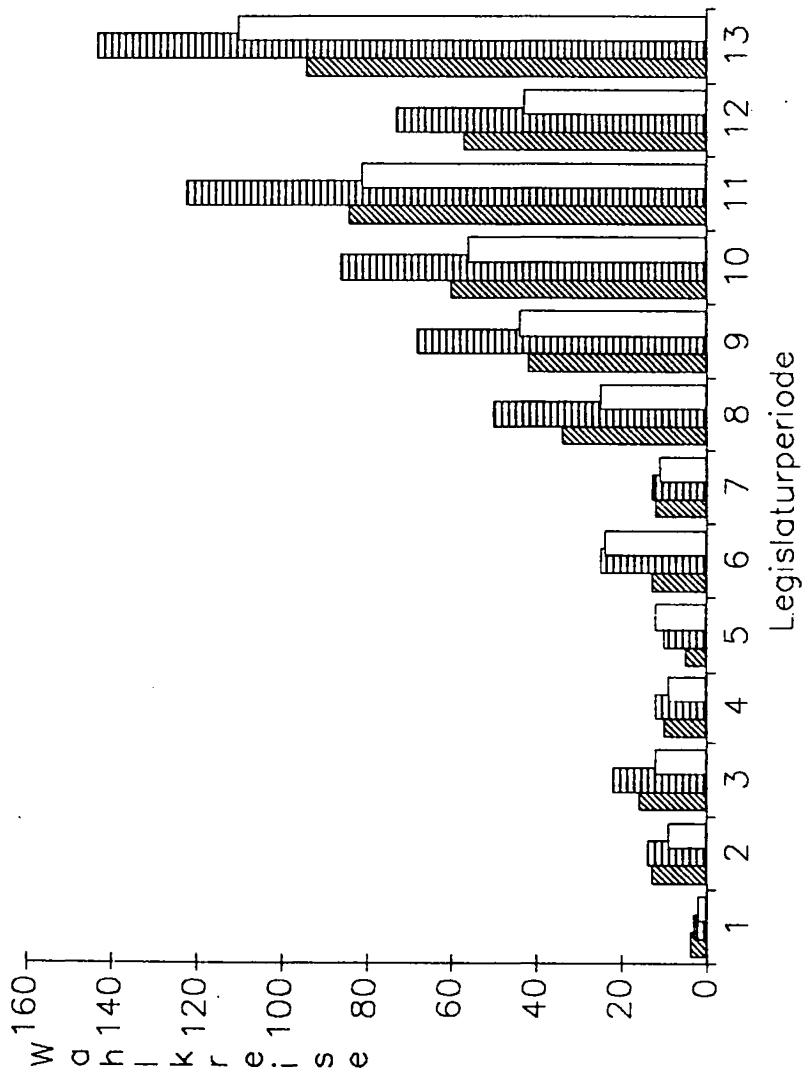
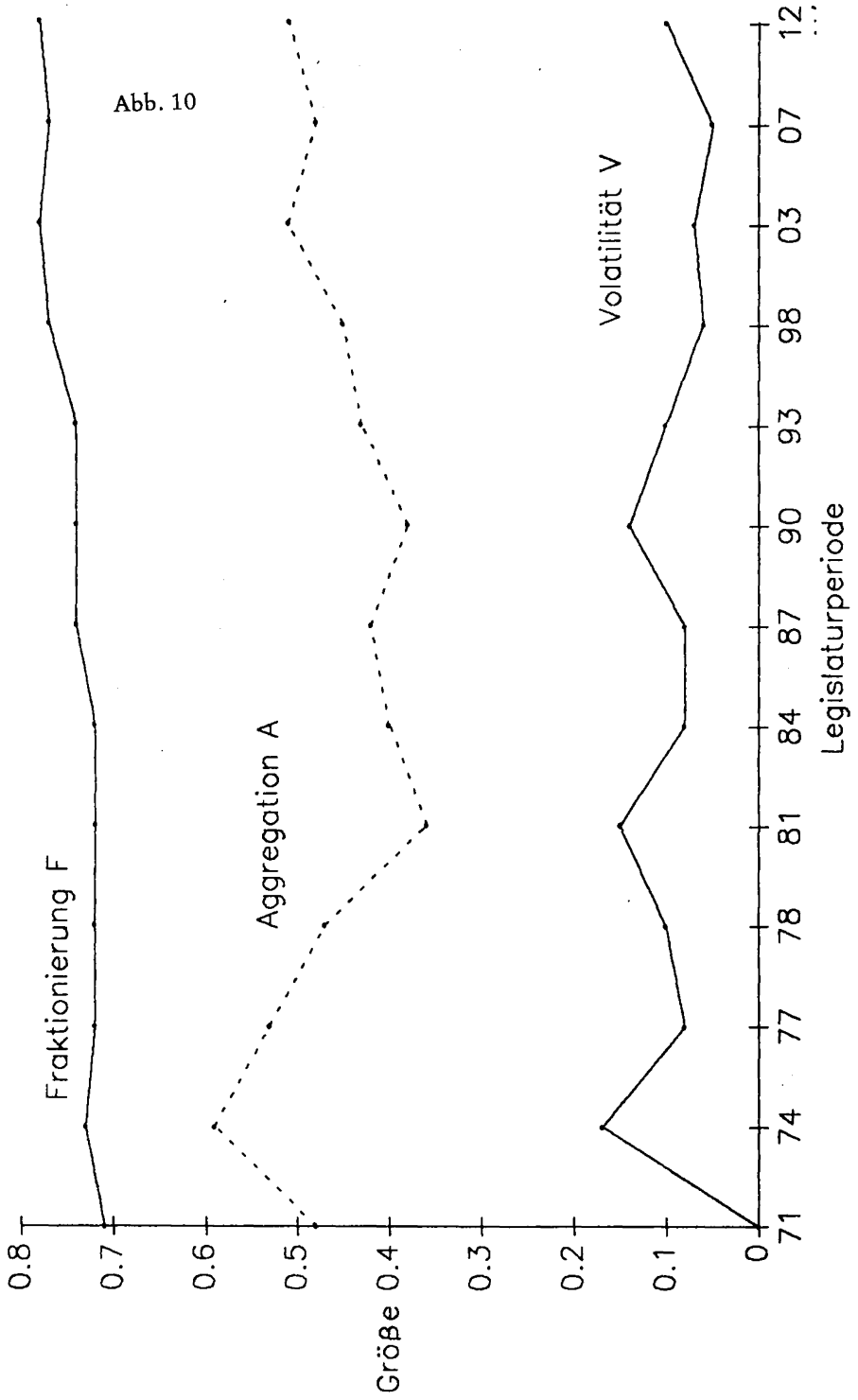


Abb. 9

Wandel des Parteiensystems



Polarisierungsquotienten

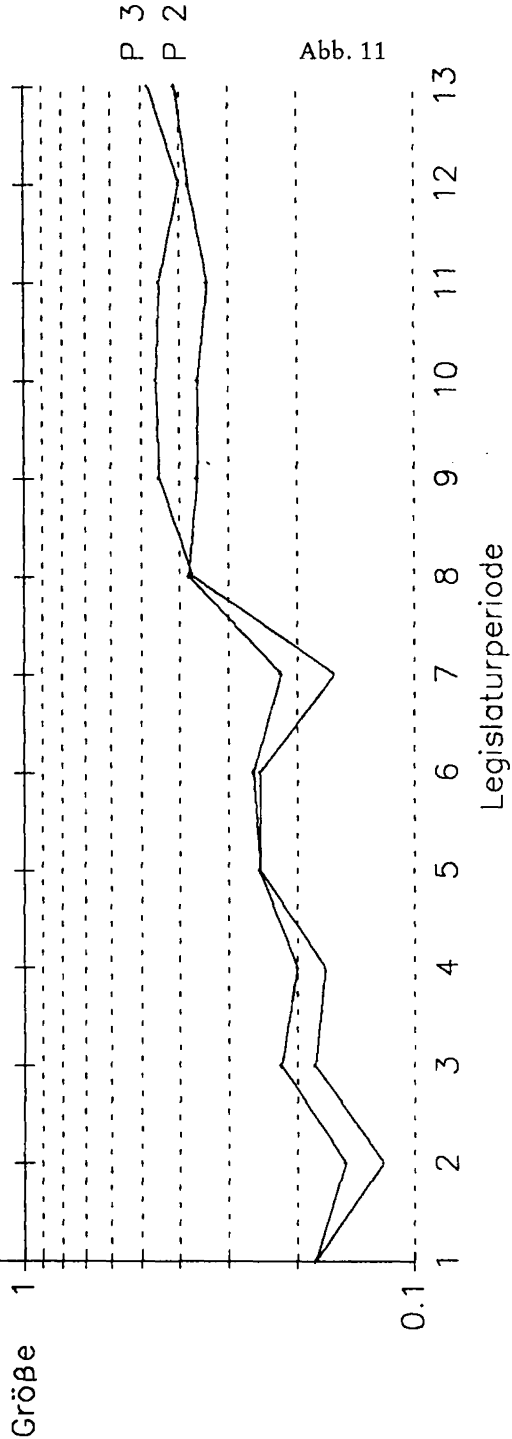
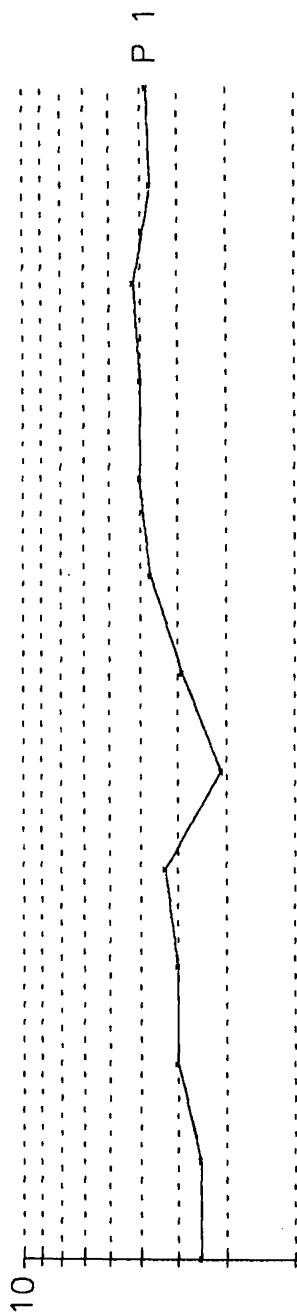


Abb. 11

dieser Indikator tendenziell - *ceteris paribus*¹⁴⁾- zunehmen sollte.

- R2 ist der Determinationskoeffizient einer kanonischen Korrelation zwischen Parteiergebnis und Faktor "Region" (= Anteil der durch die Diskriminanzfunktion erklärten Varianz der Parteiergebnisse durch den Faktor "Region" 15); er kann als eine zusammenfassende Maßzahl für den Einfluß der Gruppierungsvariable "Region" interpretiert werden.

- R3 ist einfach die Summe der absoluten Differenzen zwischen den Parteiergebnissen der Region und den Parteiergebnissen auf der Reichsebene.

Was besagen nun diese Indikatoren? 16) Hat sich das Wahlverhalten "entregionalisiert"? Abb. 12 zeigt, daß R2 und R3 leicht abnehmen und daß R1 eher unregelmäßig fluktuiert. Der Befund ist zwar nicht so eindeutig, daß die zur Debatte stehende Hypothese von der abklingenden Kraft regionaler Momente im Wahlverhalten eindeutig widerlegt wäre. Doch läßt sich wohl sagen, daß zumindest die modernisierungstheoretisch gewonnene These von einer durchgängigen Nationalisierung bzw. Entregionalisierung des Partizipationsverhaltens sich nicht aufrecht erhalten läßt, jedenfalls soweit sie sich in den Wahlergebnissen ausdrückt.

Es wurde Sorge getragen, daß diese Ergebnisse keine Artefakte sind, die durch soziostrukturelle Drittvariablen bedingt wären. Sie bleiben signifikant, wenn bei der multivariaten Kovarianzanalyse mit dem Faktor "Region" soziostrukturelle Variablen (s. u.) als Kovariaten einbezogen werden, wenn also versucht wird, den Einfluß soziostruktureller Variablen auf R2 auszuschalten.

(e) Eine "Veränderungsresistenz" läßt sich auch für die sozialstrukturelle Basis der Parteien feststellen. In den Abb. 13 - 16 ist der Pearsonsche Korrelationskoeffizient zwischen Stimmanteilen und soziostrukturellen Variablen für das Jahr 1893 dargestellt¹⁷⁾. Zunächst werden hier die altbekannten Zusammenhänge bestätigt, wobei allerdings die Nationalliberalen relativ gering ver-

14) Diese Klausel kann natürlich leicht verletzt werden, etwa dadurch, daß sich grundlegende Orientierungen von Parteien ändern. Aber hier - wie bei den anderen Indikatoren - wird auch nicht behauptet, daß die gewählte Vorgehensweise die einzig mögliche sei, sondern vielmehr ein Argumentationsangebot gemacht, das durch andere Befunde widerlegt oder erhärtet werden muß. Statistisch-quantitative Analysen sind ein Hilfsmittel zur Entscheidungsfindung unter vielen anderen, freilich mit dem Vorzug der einfachen Nachprüfung und Nachvollziehbarkeit.

15) "Region" steht hier zunächst nur für eine Vielzahl unterschiedlicher, nur in zusammengehörigen Räumen potentiell wirksamer Faktoren. Sie wurde hier durch Provinzen, Regierungsbezirke und kleinere Bundesstaaten operationalisiert.

16) Die linke y-Achse in Abb. 11 gibt die Größe von R1 und R2, die rechte die von R3 wieder. Während die beiden ersten Indikatoren zwischen 0 und 1 schwanken können, kann R3 als gemittelte Differenz von Prozentangaben natürlich größer ausfallen. Alle Maßzahlen sind dennoch zu einer Graphik zusammengefaßt, da es hier weniger auf ihre absolute Größe als auf ihre Bewegung im Zeitablauf ankommt.

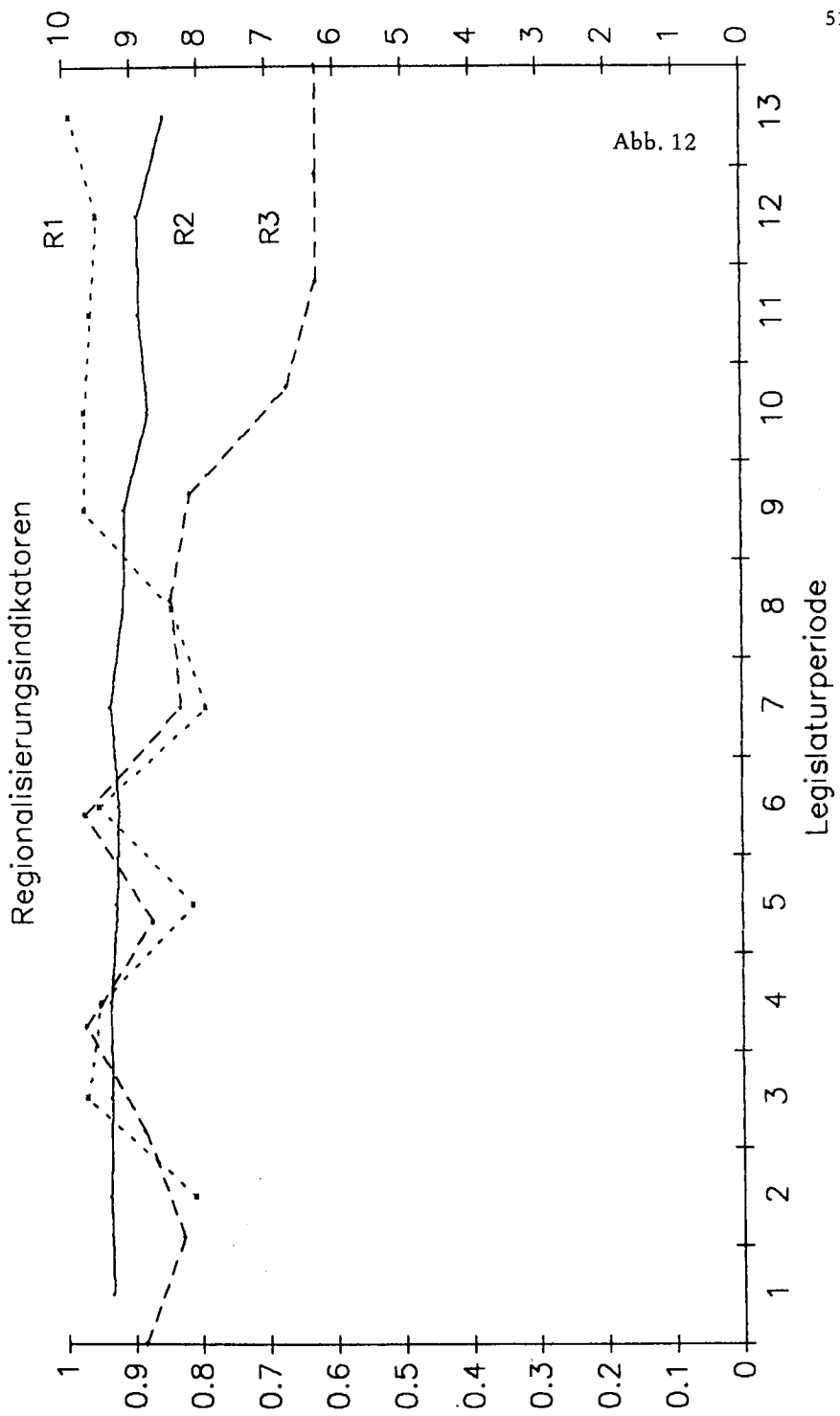


Abb. 12

Abb. 13

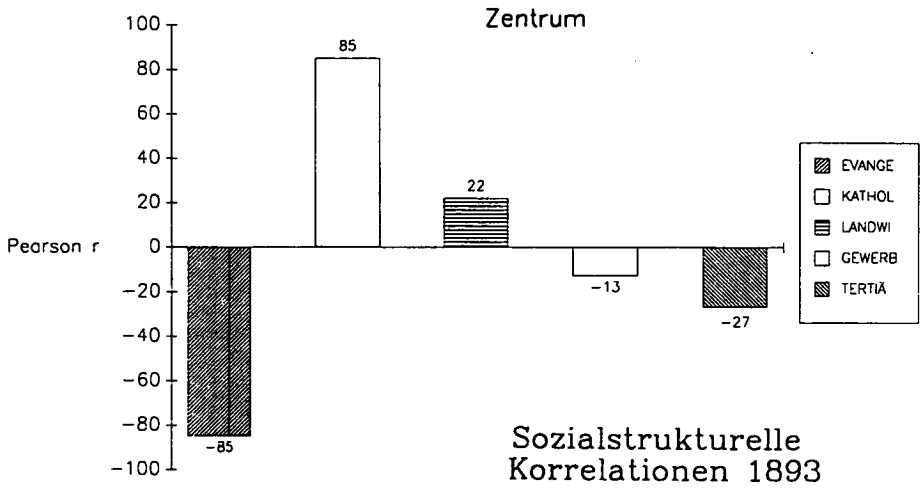
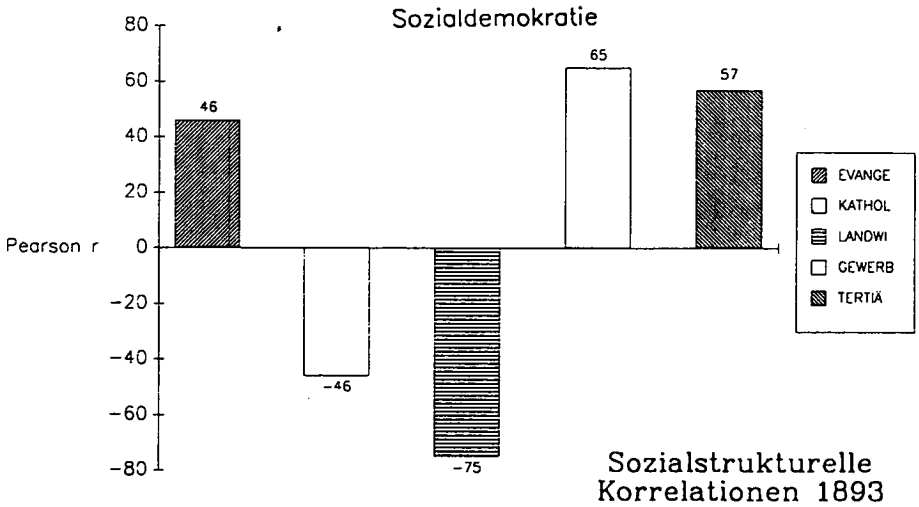


Abb. 14



Konservative

Abb. 15

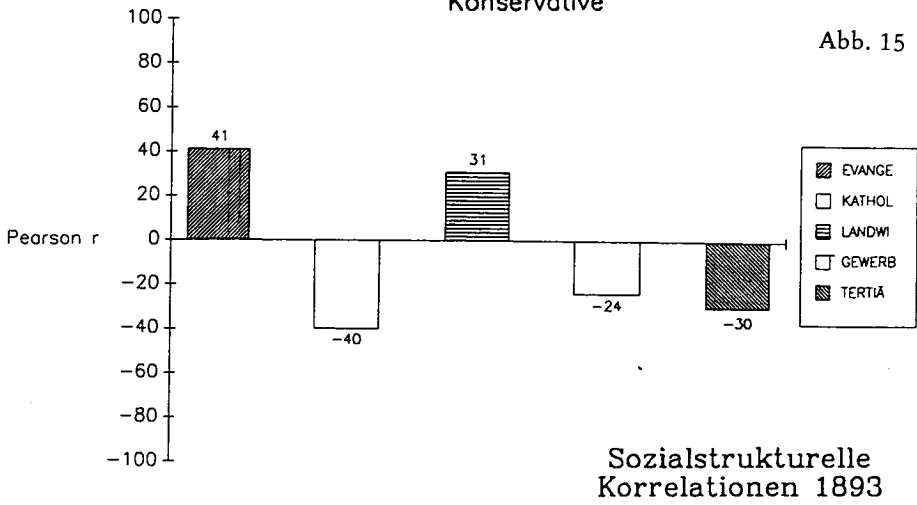


Abb. 16

Nationalliberale

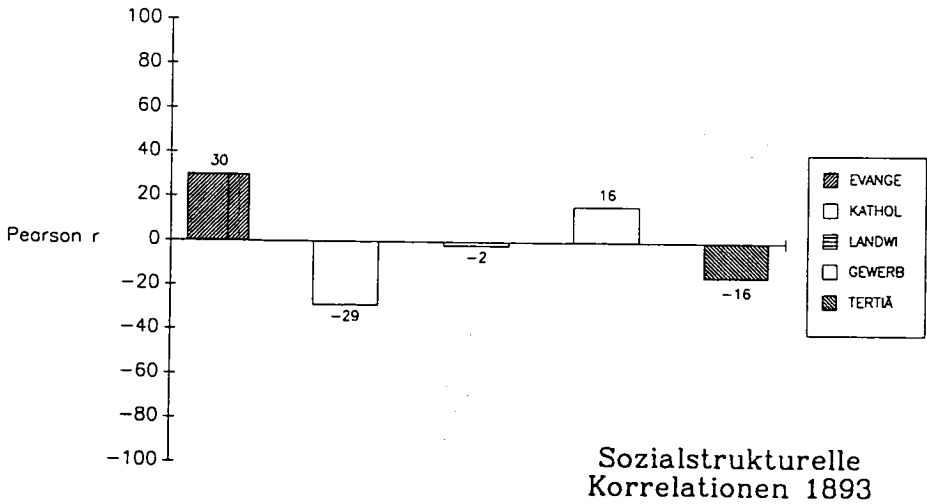


Abb. 17

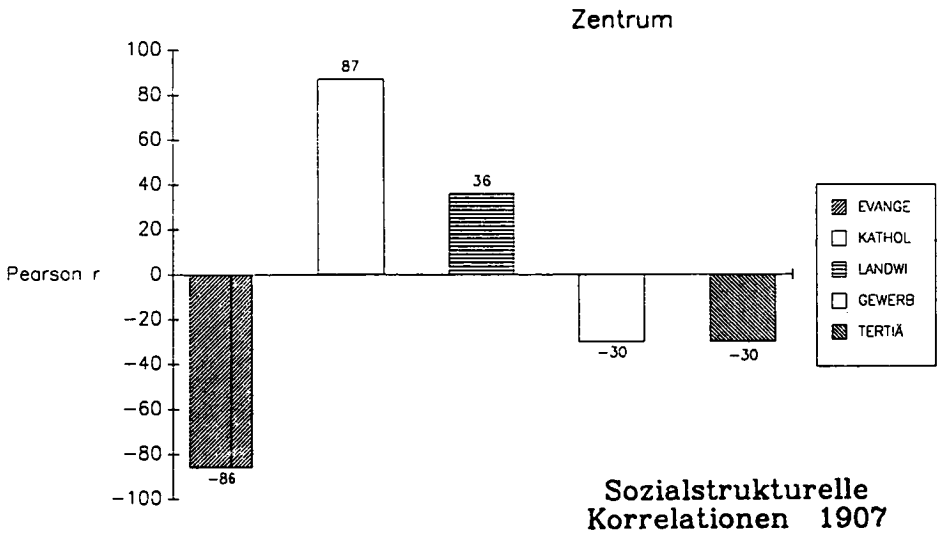
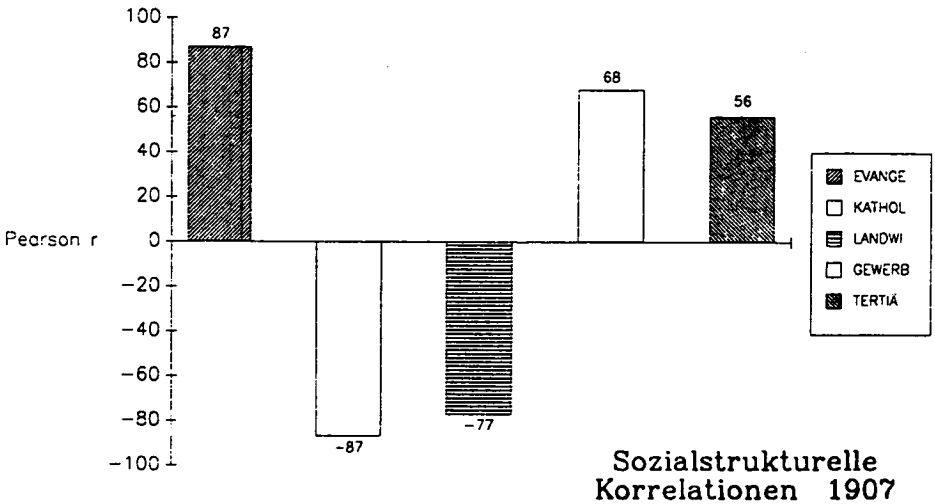


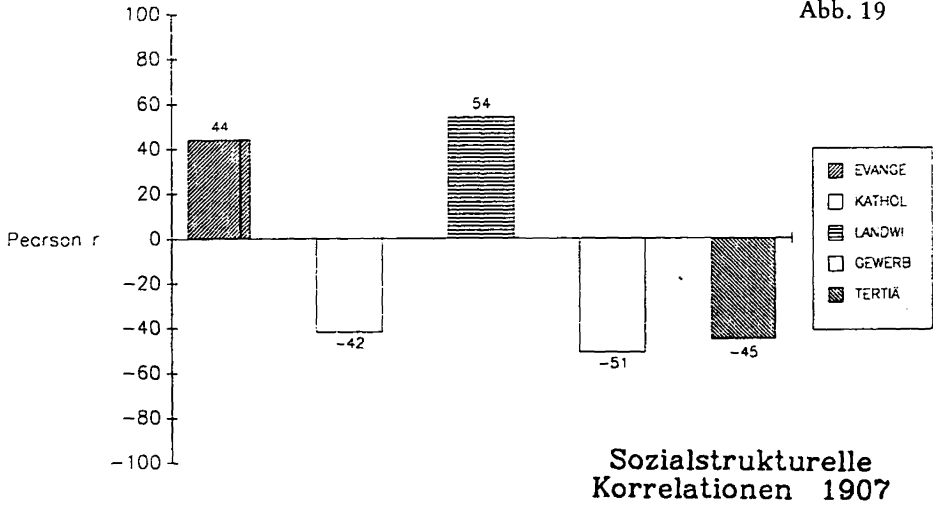
Abb. 18

Sozialdemokratie



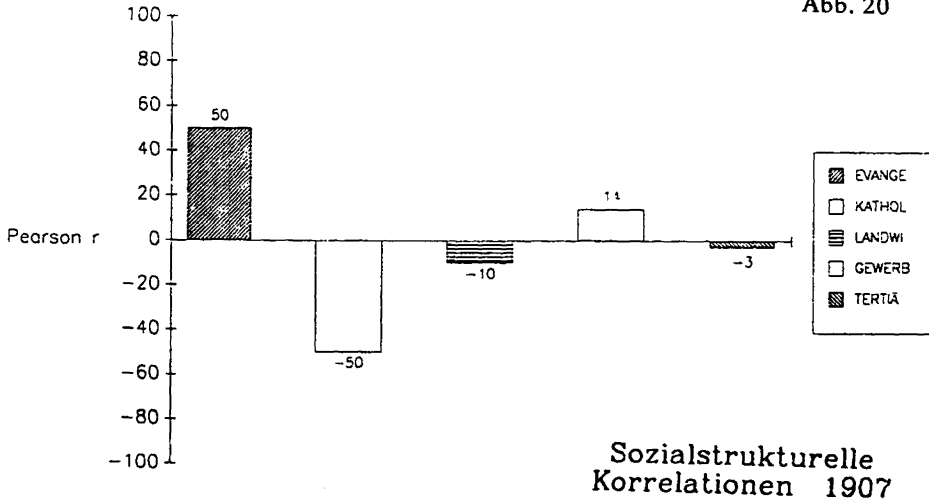
Konservative

Abb. 19



Nationalliberale

Abb. 20



ankert sind. Wichtig ist, daß die Zusammenhänge sich anscheinend über die Jahre hinweg noch verstärken (Abb. 17 - 20). Dies bestätigen auch multiple Korrelationsrechnungen¹⁸⁾. Es ist also festzuhalten, daß die einzelnen Parteien - mit der wichtigen Ausnahme der Liberalen - stabile, soziostrukturelle Basen hatten, deren Prägnanz sogar noch zunahm.

Zur Interpretation sind jedoch zwei Caveats angebracht. Erstens haben sich die Erhebungskriterien zwischen den beiden Meßpunkten geändert. 1895 wurden die Berufstätigen erfasst, 1907 die Beschäftigten. D.h., einmal erfolgte die wirtschaftssektorale Zuordnung nach den Angaben der einzelnen Personen, einmal nach der Betriebsart. Außerdem wurden 1907 die weiblichen mithelfenden Familienangehörigen wesentlich besser erfaßt als in den Zählungen 1882 und 1895. Allerdings verändern sich die referierten Werte nur unwesentlich, wenn man eine Kontrollrechnung mit den - nach einem Vorschlag von Jürgen Schmäddeke - um die Schätzungen von Hoffmann¹⁹⁾ erhöhten Werte für den landwirtschaftlichen Sektor durchführt. Zweitens vermindern sich die Korrelationen, wenn man alle Wahlkreise berücksichtigt, also auch die, in denen die jeweilige Partei nicht kandidiert hat. Dennoch läßt sich wohl eine eindeutige Tendenz feststellen, die auch stabil bleibt, wenn man mit anderen Wahlen operiert (denn 1907 könnte ja eine Ausnahmewahl gewesen sein).

Die Parteien "graben" sich also förmlich in die gesellschaftlichen Spaltungslinien ein - und das nicht nur in die funktionale (ökonomische) sondern auch und besonders ausgeprägt in die kulturelle (religiöse), wobei auch hier wieder die Nationalliberalen als Ausnahme nicht eindeutig verortet sind. Zudem gibt es zwischen diesen beiden Dimensionen keine Überschneidung. Wahlökologisch sind die Lager scharf voneinander abgegrenzt, was den Manövrierraum der Parteien natürlich einengt. Davon zeugen etwa die vergeblichen linksliberalen "Ausbruchsversuche". Andererseits besitzen die Parteien damit verlässliche Wählerreservoirs. Auf diese Weise können sich auch die Konservativen behaupten, legt man ihre Fähigkeit zur Wahlkreishegemonie zugrunde (Abb. 6).

Hier - nimmt man noch organisationelle (gerade für den Fortschritt überlebensnotwendig) und politische Faktoren hinzu - hat die Milieuthese ihre Berechti-

17) Grundlage der Berechnungen sind die prozentualen Anteile der beiden Konfessionen und der drei Wirtschaftssektoren (Landwirtschaft, Gewerbe/Industrie, Handel/Dienstleistungen) in den Wahlkreisen, die nach den diversen Volkszählungen, der Berufs- und Gewerbebezahlung von 1895 und der Berufs- und Betriebsstättenzählung von 1907 ermittelt wurden. Ein Teil dieses Datenmaterials stammt aus dem Forschungszusammenhang um Otto Büsch in der 'Sektion für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte' der Historischen Kommission zu Berlin, mit dem wir eine Kooperationsvereinbarung getroffen haben. Die jeweiligen partiellen Korrelationskoeffizienten bestätigen den Zusammenhang, der schon auf der hier allein referierten Ebene der einfachen Korrelationsrechnungen sichtbar wird.

18) Solche multivariaten Analysen, auf die hier nicht eingegangen wird, sind jedoch vorsichtig zu interpretieren, da die sozialstrukturellen Variablen natürlich stark interkorrelieren.

19) W. G. Hoffmann, Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit Mitte des 19. Jahrhunderts (Berlin u. a., 1965), S. 183.

gung, oder besser gesagt: ihren soziostrukturellen Ausgangspunkt 20). Die Parteien waren auf den "affirmativen Wähler" angewiesen 21). Allerdings deutet sich schon im Kaiserreich die verhängnisvolle, soziostrukturelle Erosion der liberalen Mittelparteien an, die sich für die Weimarer Republik als schwere Hypothek erweisen wird. Machtpolitisch konnte das daraus entstehende Vakuum vom Zentrum besetzt werden. Ihm kam damit eine entscheidende, auch in der Wahl von 1907 nicht zu brechende, parlamentarische Stellung und damit eine Schlüsselrolle für den Weg des Kaiserreichs zu.

Der regionale und der soziostrukturelle Faktor, die wir für die Stabilität des Parteiensystems bislang verantwortlich gemacht haben, stehen freilich in keinem einfachen, linearen Verhältnis. Sie können gegenläufig wirken, sei es, daß der soziostrukturelle Faktor dominiert, sei es, daß das Wahlverhalten regional bestimmt bleibt. Ein Beispiel für die erste Möglichkeit ist München, wo die Sozialdemokratie bereits früh - trotz widriger Umstände - das Zentrum überrunden konnte, während es im Ruhrgebiet gerade umgekehrt war 22). Die beiden Faktoren können sich aber auch "aufschaukeln". Dies läßt sich besonders gut mit dem krassen Mobilisierungsdefizit der SPD in den Ostgebieten illustrieren, wo die Konservativen im Durchschnitt der Wahlkreise gegenüber den westlichen Reichsteilen insgesamt ein Plus von 22 Prozent, die SPD dagegen ein Minus von 9 Prozent erzielte 23).

Es bedarf sorgfältiger regionalgeschichtlicher Forschung, um zu klären, welche Faktoren wie interagiert haben. Was im einzelnen an regionalem Beharrungsvermögen wirksam gewesen sein mag, muß differenziert untersucht und gleichzeitig für vergleichende Fragestellungen erschlossen werden. Konzeptuelle Schemata wie "politische Kultur" oder die neuere Diskussion um den Regionenbegriff in der Geographie können hier sehr hilfreich sein. Für unsere Zwecke könnte man vielleicht in einem ersten Schritt zwischen "kultureller", "regional-ökonomischer" und "territorialer" Dimensionen unterscheiden. Damit sind jeweils Tra-

20) Von der Aggregatebene darf nicht auf lokale Milieus kurzgeschlossen werden. Nicht alle Zellen der potentiellen Konfliktmatrix sind von Akteuren auch tatsächlich "besetzt". Vgl. Stein Rokkan, "The Growth and Structuring of Mass Politics", in: E. Allardt u.a. (Hrsg.), *Nordic Democracy* (Copenhagen, 1981), S. 64f.

Ferner können ähnliche soziale Basen auf der regionalen Ebene sehr unterschiedlich - oder überhaupt nicht - politisch fixiert sein. Hier kommt den lokalen Eliten ein erheblicher Stellenwert zu, wie von Steinbach in seinem Beitrag deutlich gemacht wird.

21) S. Suval, *Electoral Politics in Wilhelmine Germany* (Chapel Hill/London, 1985).

22) K. Rohé, *Vom Revier zum Ruhrgebiet. Wahlen, Parteien, Politische Kultur* (Essen, 1986).

23) Stefan Immerfall, *Entwicklungsfaktoren der Sozialdemokratie in den preußischen Ostprovinzen*. Ein Beitrag zur quantifizierenden Wahl- und Modernisierungstheorie. Referat auf der Tagung "Sozialdemokratie im Wilhelminischen Deutschland", 11. - 13. Oktober (Posen, 1987); Stefan Immerfall und Peter Steinbach, "Politisierung und Nationalisierung deutscher Regionen im Kaiserreich", in: D. Berg-Schlosser und J. Schisler (Hrsg.), *Politische Kulturforschung in Deutschland* (Opladen, 1987) S. 68 - 79.

ditionsbestände gemeint, die auf politisch-kulturelle Überlieferungen, den Ergebnissen regional-ökonomischer Prozesse und schließlich der Prägekraft landesherrschaftlicher Politik beruhen. Für die erste Dimension mag Baden mit seiner Kulturkampftradition stehen, für die zweite das Ruhrgebiet mit seiner "strukturierten Kohärenz" von Produktion und Konsumption 24) und für die dritte schließlich Bayern, wo ältere kulturelle Bezugssysteme die "Ökonomisierung der Politik" (Lederer) überdauerten und das massenwirksame Fundament der neuen bayerischen Staatlichkeit nach 1806 bildeten.

Historisch-empirische Wahlforschung ist hier zu komplexen Erklärungsversuchen herausgefordert und darf sich nicht allein auf den unmittelbaren Datenkranz des Wahlverhaltens beschränken. Ebenso darf sich Partizipationsforschung nicht in Wahlforschung erschöpfen. Was der zeitgenössischen Politikwissenschaft erst wieder durch die Ergebnisse der berühmten Political Action Studie 25) in Erinnerung gerufen wurde, war der historischen Forschung seit jeher bewußt: die Relevanz dessen, was wir heute ein wenig euphemistisch "unkonventionelles Partizipationsverhalten" nennen, also all diejenigen "Mitwirkungsformen", die von der "Obrigkeit" mehr oder minder ungen gesehen werden. Daß auch in diesem Bereich quantitative Analysen möglich sind, beweisen etwa die Studien von H. Best, denen wir wertvolle Einsichten in Petitionsbewegungen und Elitewandel verdanken 26).

24) D. Harvey, "The Geopolitics of Capitalism", in: D. Gregory und J. Urry (Hrsg.), *Social Relations and Spatial Structures* (London, 1985), S. 146.

25) S. H. Barnes und M. Kaase, *Political Action: Mass Participation in Five Western Democracies* (Beverly Hills, 1979).

26) Heinrich Best, "Organisationsbedingungen und Kommunikationsstrukturen politischer Partizipation im frühindustriellen Deutschland", in: Peter Steinbach (Hrsg.), *Probleme politischer Partizipation im Modernisierungsprozeß* (Stuttgart, 1982), S. 114 - 134; ders. "Struktur und Wandel kollektiven politischen Handelns: Die handelspolitische Petitionsbewegung 1848/49", in: Heinrich Volkman und Jürgen Bergmann (Hrsg.), *Sozialer Protest. Studien zu traditioneller Resistenz und kollektiver Gewalt in Deutschland vom Vormärz bis zur Reichsgründung* (Opladen, 1984), S. 164 - 197.

Was unser Forschungsprojekt betrifft, so haben wir den maschinenlesbaren Datensatz von Richard Tilly und Gerd Hohorst, "Sozialer Protest in Deutschland im 19. Jahrhundert: Skizze eines Forschungsansatzes", in: K. H. Jarausch (Hrsg.), *Quantifizierung in der Geschichtswissenschaft* (Düsseldorf, 1976), S. 232 - 278, in unsere Datenbank integriert und hoffen, demnächst einige Befunde zur Interaktion von Wahl- und Protestverhalten vorlegen zu können. An dieser Stelle möchte ich neben den Autoren dem Zentrum für Historische Sozialforschung für die Bereitstellung der Daten danken. Ich glaube, der Stellenwert solcher Institutionen für die kumulativen Aspekte des Forschungsprozesses kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

III

Das Parteiensystem des Kaiserreichs hatte, soviel läßt sich sagen, in vielerlei Hinsicht den Weg der politischen Modernisierung eingeschlagen. Ob es ihn weitergegangen wäre, muß offen bleiben. Die starke, modernisierungsresistente, soziostrukturelle und regionale Verankerung der Rechtsparteien verhinderte, daß die eingetretenen Veränderungen voll auf die parlamentarische Arena durchschlugen, und eine defensive politische Führung sorgte dafür, daß das Parlament mehr als einmal neutralisiert und überspielt wurde. Weder die soziostrukturell heterogenen und den neuen Politikformen eher hilflos gegenüberstehenden liberalen Mittelparteien, noch der im "Zentrumsturm" verharrende politische Katholizismus, noch die in Acht und Bann gehaltene Sozialdemokratie konnten den parlamentarischen Schwebzustand auflösen, der den alten Eliten ein Veto-recht einräumte und mit dem die neuen Eliten gut leben konnten.

Als Resümee lassen sich die Hauptergebnisse meines Beitrags zu drei Thesen bündeln:

1. Die wachsende Nationalisierung der Wahlkonflikte führte nicht zu einer Entregionalisierung des Wählerverhaltens;

2. Überlieferte Fraktionierungen blieben trotz der "Ökonomisierung der Politik" (Lederer) stabil. Eine Ursache dafür sind die weiterbestehenden, ja sich vertiefenden, territorialen und kulturellen Spannungslinien;

3. Die Wahlkampfinszenierungen "von oben" entfalteten ihre mobilisierende Kraft nicht einfach deswegen, weil sie an stark ausgeprägte "deference" Haltungen der Wahlbevölkerung hätten anknüpfen können, sondern erst über die Vermittlung durch lokale Eliten, die durch die nationalen Themen ihre Interessen bedroht oder befördert sahen.

Von dieser Zustandsbeschreibung ausgehend, würde eine kontrafaktische "Prognose" 27) zwei Szenarien formulieren: bei gleichbleibendem Krisendruck sind Modernisierungsleistungen wahrscheinlich, bei wachsendem Krisendruck das völlige Auseinandertreiben der politischen Flügelkräfte. Leider sind historische Optionen nur bedingt wählbar.

27) J. Elster, Logik und Gesellschaft. Widersprüche und mögliche Welten (Frankfurt, 1981), S. 265ff.